STADTROTINFO

Nr. 24
25. September 2003

Zeitung der PDS Offene Liste im Rat der Stadt Essen

PDS

V.i.S.d.P. PDS-Ratsgruppe, An St. Marien 1, 45141 Essen, Telefon: 02 01-8 60 29 04, Fax: 02 01-8 60 29 06

Korruption vorbeugen

Was Willi Nowack für seine millionenschweren Beraterverträge für profima und mfi wirklich getan hat, ist noch nicht geklärt. Und wieder gibt es staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen des Verdachts der Vorteilsnahme gegen mehrere Politiker aus SPD und CDU und Beschäftigte der Stadtverwaltung. Zugegeben: Soweit bekannt, sind die „Fälle“ nicht vergleichbar. Teilweise geht es um Buchgeschenke, die der Besitzer der Hellweg-Baumärkte platziert haben soll, der auch im Wuppertaler „Spendensumpf“ steckt. Allerdings: Hans-Günther Bruckmann (SPD) soll für seinen Bundestagswahlkampf 15.000 DM erhalten haben, Detlev Samland für seinen Oberbürgermeister-Wahlkampf eher mehr. Bruckmann war damals Vorsitzender des Planungsausschusses, der im Nachhinein obskure Verletzungen des Baurechts beim Bau eines Hellweg-Parkplatzes abgesegnet hat .

Unabhängig davon, ob die Ermittlungen zu einem Verfahren führen, hält die PDS-Gruppe eine Erörterung im Rat für nötig. Zur Ratssitzung am 24.9.2003 beantragt sie die Einschaltung des Rechnungsprüfungsamtes, sobald dies die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zulassen, und die Erstellung eines Berichtes zur Korruptionsbekämpfung. Ein solcher Bericht soll auch Vorschläge zur Verbesserung der Korruptionsprävention enthalten, d.h. eine Grundlage zur Erörterung struktureller Änderungen.

Die PDS will keine Vorverurteilung, aber schon die Vorwürfe erschüttern das Vertrauen in die Integrität politischer Entscheidungen. Früher verband man Korruptionsvorwürfe mit „Bananenrepubliken“, heute geht jeder davon aus, dass auch hier zumindest etwas dran sein könnte. Handeln ist angesagt, nicht „Aussitzen“.

Im übrigen wird deutlich, dass die Reform der Parteienfinanzierung im letzten Jahr halbherzig war. Parteispenden von juristischen Personen, also Unternehmen und Gesellschaften, sollten generell untersagt werden. Es liegt doch nahe, dass profitorientierte Unternehmen Gegenleistungen verlangen.

Wolfgang Freye

Kein Geld für Bürger-Engagement?

Landesregierung will Mittel für Eine-Welt-Arbeit streichen

Die rot-grüne Landesregierung will im Haushalt 2004 die Mittel für die Förderung der lokalen Eine-Welt-Arbeit restlos streichen. Der entsprechende Kabinettsbeschluss sollte am Wochenende 20./21.9.2003 (nach Redaktionsschluss) fallen. Bereits im Landeshaushalt 2003 wurden die Mittel pauschal um 20 % gekürzt. Eine völlige Streichung war an massiven Prostesten gescheitert ist, die die betroffenen Initiativen organisierten. Das Engagement von Leuten für Entwicklungsprojekte, gegen Kinderarbeit und Verschuldung, für fairen Handel und für interkulturellen Dialog wurde bisher mit etwa 21 Cent pro Einwohner und Jahr gefördert.

In Essen flossen 2003 rund 123.000 in eine aktive Eine-Welt-Arbeit im kirchlichen, schulischen, gewerkschaftlichen und unabhängigen Bereich. Fällt die Förderung weg, sind so anerkannte Initiativen wie „fair handeln Essen e.V.“, EXILE-Kulturkoordination, Eine-Weltforum Essen, Phillipinen-Büro, Forum für internationale Friedensarbeit, Zeche Carl, Terre des hommes, der Weltladen der ev. Kirche Altenessen und Projekte an verschiedenen Schulen gefährdet. Mit den Geldern werden vor allem Informationsveranstaltungen, Ausstellungen etc. finanziert, mit denen ein Wissenstransfer für die Öffentlichkeit stattfindet. Dabei wird insbesondere der interkulturelle Dialog mit den hier lebenden Migrant/innen gefördert.

Das Eine-Welt-Netz NRW ruft zu Prostesten gegen die Streichung auf. An die Adresse der Landesregierung schreibt das Netzwerk im Namen der Aktiven vor Ort: „Wer seriös sparen will, darf nicht ausgerechnet die gesellschaftlichen Bereiche austrocknen, in denen Engagement für die Zukunft stattfindet. Im Engagement vor Ort entscheidet sich, ob Menschen den Mut haben, die Globalisierung gestalten zu wollen. Wer sich dagegen ohnmächtig und politikverdrossen fühlt, ist anfällig für die Parolen gefährlicher Populisten.“

Der PDS-Landesverband NRW hat sich dem Prostest bereits angeschlossen. In einer Presseerklärung des Landesvorstandes heißt es: „Nicht sparen sondern umverteilen! Die triste finanzielle Lage in Nordrhein-Westfalen ist kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem. Wenn eine Putzfrau von E.on mehr Steuern zahlt als der gewinnträchtige Konzerne selbst, wird deutlich, einen anderen Weg aus dieser Misere wird es nicht geben.“

Die PDS-Ratsgruppe unterstützt den Prostest und fordert vor allem die Grünen auf, gemäß ihrer Wahlversprechen für den Erhalt der Förderung zu sorgen.

Gabriele Giesecke

Weitere soziale Verelendung

Anfrage zu Auswirkungen von "Hartz III" und "Hartz IV"

Kurz vor den Ferien legte die Bundesregierung die Gesetzentwürfe „Hartz III“ und „Hartz IV“ vor. Die Sozialverwaltung spekuliert darauf, dass die Übernahme der Sozialhilfekosten für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger/innen der Stadt erhebliche Einsparungen bringt. Insgesamt geht es um 38,5 Mio. Euro jährlich. Sicher ist jedoch nur, dass tausende von Arbeitslosenhilfeempfänger/innen ins Elend gestürzt werden. Darauf hat der DGB in einer Pressemitteilung hingewiesen.

15.271 Empfänger von Arbeitslosenhilfe gab es nach DGB-Angaben im Herbst letzten Jahres in Essen. Sie erhielten durchschnittlich 575 Euro Arbeitslosenhilfe vom Arbeitsamt. Da das Arbeitslosengeld II, der Ersatz der Arbeitslosenhilfe, nicht mehr lohnbezogen errechnet wird, sondern stufenweise auf Sozialhilfeniveau gesenkt werden soll, werden ihnen nach Umsetzung der „Reform“ gerade noch 297 Euro im Monat bleiben. Diese Kürzungen treffen auch tausende von Familienangehörigen und Kindern von Arbeitslosenhilfe-Empfängern.

Noch dramatischer sind die Verschlechterungen bei der Anrechnung von Einkommen des erwerbstätigen Partners oder der Partnerin. In Zukunft sollen z.B. auch Teilzeiteinkommen von Ehepartnern vollständig auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden. Dadurch entfällt für den Partner jeder Anreiz zur Arbeit – das Familieneinkommen kann nie höher sein, als das Arbeitslosengeld II. Selbst Altersrücklagen wie Lebensversicherungen werden bis zu einem Freibetrag von 13.000 Euro angerechnet.

Kommunale Beschäftigungspolitik gefährdet

Da auch die bisherige kommunale Beschäftigungspolitik, getragen von Arbeits-Beschaffungsmaßnahmen und Programmen wie „Arbeit statt Sozialhilfe“, völlig umgekrempelt wird, hat die PDS für die nächste Sitzung des Sozialausschusses eine Anfrage zu den Auswirkungen von „Hartz III“ und „Hartz IV“ gestellt.

Darin heißt es: „Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Bericht zu den Auswirkungen der Gesetzentwürfe Hartz III und Hartz IV auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie auf die Situation der Sozialhilfeempfänger/innen in Essen zu erstellen und im Sozialausschuss vorzulegen.“ Gefragt wird nach den finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt, nach den künftigen Möglichkeiten und Aufgaben kommunaler Beschäftigungspolitik und den eingeleiteten Planungsschritten zur Umsetzung „Agenda 2010“. Ebenso wird nach den künftigen Aufgaben der bisherigen Kooperationspartner der Stadt bei der kommunalen Beschäftigungspolitik, der EABG und der Wohlfahrtsverbände gefragt.

In anderen Städten wie Köln hat die Sozialverwaltung bereits Alarm geschlagen. Ihr geht es nicht nur um die Absenkung des Leistungsniveaus für künftige Empfänger des Arbeitslosengeldes II. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass die Bundesanstalt für Arbeit viele der jetzigen Sozialhilfeempfänger und auch etliche Arbeitslosengeld-/hilfe-Bezieher wegen mangelnder Sprachkenntnisse, auffälligem Verhalten oder Alter den Bezug des Arbeitslosengeldes II verwehren wird, obwohl die Betroffenen durch das Raster der wesentlich strengeren, z.B. an medizinische Kriterien gebundenen Voraussetzungen für den Bezug der kommunalen Grundsicherung fallen. Die Kriterien sind unterschiedlich. Die Kölner Sozialverwaltung geht von 20 bis 30 % der als erwerbsfähig eingestuften Sozialhilfeempfänger und mehreren tausend jetzigen Arbeitslosenhilfe-Beziehern aus, insgesamt in Köln 12.000 Personen.

Um die Situation überhaupt diskutierbar zu machen, sind solche Zahlen auch für Essen nötig, ebenso wie Antworten auf die Fragen zur Beschäftigungspolitik.

Wolfgang Freye

„Schule von 8 bis 1“ nicht blockieren!

Stopp durch Bezirksregierung inakzeptabel

Die Haushaltsauflagen des Regierungspräsidenten wirken inzwischen massiv in Aufgaben für sozial wichtige Zwecke hinein. Ende Juli hat die Kommunalaufsicht drei neue Gruppen im Rahmen der „Schule von 8 bis 1“ zunächst gestoppt. Sie sieht in der Ausweitung des Angebotes keine Fortführung eines bestehenden Projektes, sondern neue freiwillige Leistungen, zu denen die Stadt rechtlich nicht verpflichtet ist. Die vom Rat erst im Juli beschlossenen Gruppen an der Bermühlen-, der Walter-Pleitgen- und der Graf-Spee-Schule konnten zum Ferienende am 15.9. nicht starten. Dabei geht es um Mehrkosten von gerade einmal 42.600 Euro, die das bessere Betreuungsangebot kosten sollte. Die Schulaufsicht schloss ausdrücklich eine mögliche Kompensation dieser Summe durch Einsparungen an anderen Stellen aus und verlangte stattdessen eine Umwälzung der Kosten auf die Nutzer, d.h. auf die Eltern. Für die Sitzung des Schulausschusses am 23.9.2003 liegt jetzt eine Verwaltungsvorlage vor, die zwei Alternativen dazu erörtert.

Eine ist die Erhöhung des Eltern-Freibetrages, der schon jetzt ziemlich niedrig ist. Wer ein Familien-Jahreseinkommen von mehr als 24.542 Euro hat, muss bis zu 26 Euro im Monat zahlen. Rechnet man Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld heraus, werden also schon Familien mit weniger als 1.800 Euro im Monat herangezogen – und dabei ist das Bruttoeinkommen gemeint, von dem netto vielleicht 1.200 Euro bis 1.300 Euro übrig bleiben.

Die zweite, von der Verwaltung vorgezogene Möglichkeit, ist eine Anhebung der Entgelte. Die Beträge klingen zwar niedrig. Zur Finanzierung der drei geplanten Gruppen soll der Monatsbeitrag bei 5 Tagen/pro Woche Betreuung von 26 Euro auf 28 Euro erhöht werden. Bei flächendeckender Einführung der „Schule von 8 bis 1“, d.h. bei elf weiteren Gruppen, wäre jedoch schon eine Erhöhung auf 31 Euro fällig, das sind 60 Euro im Jahr bzw. knapp 20 %.

Die PDS hält das für nicht akzeptabel. Nicht zuletzt die PISA-Studie hat deutlich gemacht, dass die Bundesrepublik gerade im Bereich der Grundschulausbildung erhebliche Defizite hat. Die „Schule von 8 bis 1“ ist zwar absolut kein Ersatz für eine Ganztagsausbildung, aber immerhin ein Schritt in die richtige Richtung, der flächendeckend möglich sein muss. Zur Erinnerung: Bis vor drei Jahren war die „Schule von 8 bis 1“ noch kostenfrei. *wof*

Aus Aussschüssen und Bezirksvertretungen

Ordnungsausschuss

Erneuter Antrag Innenstadtmarkt

In der nächsten Sitzung des Ordnungsausschusses wird der Innenstadtmarkt an Porschekanzel/Flachsmarkt erneut auf der Tagesordnung stehen. Die PDS beantragt eine Ausweitung des Marktes auf Dienstag bis Samstag, eine Integration des Marktes in andere Veranstaltungen und geeignete Werbemaßnahmen für den Markt durch die Essener Entsorgungsbetriebe bzw. die Marketing-Gesellschaft. Bisher findet der Markt nur dienstags und freitags statt.

Die in dem Antrag vorgesehenen Maßnahmen, die auf Anregungen der Markthändler selbst und der Bürgerschaft Essen-Stadtmitte zurückgehen, sollen die Attraktivität des Marktes steigern, der nach wie vor ums Überleben kämpft. Dabei haben die Händler durchaus unterschiedliche Interessen. Ein „Stamm“ würde jedoch gerne die ganze Woche beschicken. Ein Markt, auf den sich die Kunden nicht verlassen können, hat keine Chance! *wof*

Gesundheitsausschuss

Strassenstrich: Flankierende Maßnahmen

Von einer „Duldung“ des Strassenstrichs auf der Pferdebahn wollte Ordnungsdezernent Hinsen offiziell zwar nach wie vor nichts wissen. Faktisch findet sie jedoch statt und inzwischen sind auch verschiedene Maßnahmen ergriffen worden, die die Situation sowohl für die Prostituierten als auch für die Einwohner im Jahnplatz- und im Nord-Viertel verbessern. Das ist das Ergebnis eines Berichts der Verwaltung im Ausschuss für Gesundheit und Umwelt, den die PDS-Ratsgruppe beantragt hatte.

Nach Angaben der Verwaltung sind an der Pferdebahn gleichzeitig nicht mehr als 25 bis 30 Frauen tätig, etwa so viele, wie früher auch. D.h. die Vertreibung von der Münchener Strasse hat zu keiner deutlichen Ausweitung des Strassenstrichs geführt. Etwa ein Drittel von ihnen sind drogenabhängig. Sie stehen im Mittelpunkt der Arbeit der Hilfsorganisationen. Die Krisenhilfe ist z.B. an vier Tagen pro Woche jeweils drei Stunden vor Ort. Seit Juni gibt es eine zeitweilige ärztliche Betreuung.

Um die Situation zu verbessern wurde die Leuchtkraft der Straßenlaternen erhöht. Die Stadt ließ Abfallkörbe aufstellen, die Anzahl der Straßenreinigungsintervalle wurde erhöht. Die LKW-Stellplätze sollen verändert werden, um die Übersichtlichkeit für die Frauen zu erhöhen. Geplant ist desweiteren die Einrichtung von sanitären Anlagen und möglichst auch „Verrichtungsboxen“ auf einem Parkplatz in der Nähe. Dadurch würde vor allem der Schutz der Frauen vor gewaltsamen Übergriffen verbessert.

Insgesamt bestätigte die Verwaltung die frühere Aussage der Polizei, dass durch den Strassenstrich keine Zunahme von Kriminalität den Strassenstrich nicht nach oben gegangen. Durch die verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungsbehörden nahm sie vielmehr ab. Auch gravierende Fälle von Jugendgefährdung sind nicht bekannt.

Bewährt hat sich die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Hilfsorganisationen, Polizei, Bezirksvertretung und bürgerschaftlichen Initiativen. Sie soll auch weiter fortgeführt werden.

mh, wof

Bezirksvertretung III

Unrecht nicht verschweigen!

Auf Anregung der PDS nimmt die Bezirksvertretung III auch diesmal den Besuch einer Delegation von Zwangsarbeiter/innen zum Anlass, eine der von der Bezirksvertretung beschlossenen Gedenktafeln an Zwangsarbeiter-Lagern im Essener Westen einzuweihen. Am Dienstag, 23.9.2003, findet eine öffentliche Feierstunde am Erich-Brost-Berufskolleg in der Dechenstrasse statt. Im Beisein der Delegation aus der Ukraine wird Bezirksvorsteher Bruno Pöllen die neu angebrachte Tafel enthüllen und ein Blumengebinde niederlegen. Es sprechen u.a. der Leiter des Stadtarchivs, Dr. Wisotsky, und der Altendorfer Pfarrer Belker. Anschließend besteht Gelegenheit zum Gespräch mit den Teilnehmern der Delegation.

Zum nunmehr dritten Mal besucht eine Delegation ehemaliger Zwangsarbeiter/innen die Stadt Essen. Die Teilnehmer/innen gehörten zu den fast 100.000 Menschen, die im Zweiten Weltkrieg von den Nazis nach Essen verschleppt wurden. Viele waren im Essener Westen untergebracht. Rund 75.000 arbeiteten in der damaligen „Rüstungsschmiede“ Krupp.

Die neue, von der Bezirksvertretung finanzierte Gedenktafel an der Dechenschule nimmt ausdrücklich Bezug auf die Situation im Lager, das als „Arbeitserziehungslager“ eines der schlimmsten war. 350 Häftlinge waren in acht Klassenräumen zusammengepfercht. Mindestens 33 starben an den Folgen der Haftbedingungen, weitere 61 Gefangene wurden bei einem Bombenangriff am 23.10.1944 getötet. Wegen Zerstörungen mußte das Lager anschließend nach Frintrop verlegt werden.

Die Gedenktafeln an Zwangsarbeiterlagern waren auf Antrag der PDS von der Bezirksvertretung beschlossen worden. Nach Jahrzehnten des Schweigens sollen sie das geschehene Unrecht wenigstens benennen. Auch das inzwischen breit anerkannte Besuchsprogramm geht auf einen Antrag der PDS zurück, der vom Rat beschlossen wurde. *Wolfgang Freye*

Termine

Montag, 29. September
PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Mittwoch, 1. Oktober
Agenda 2010, Hartz, Rürup, Rente ... Gerecht geht anders! Soziale Alternativen sind möglich. Treffen von attac Essen, Gewerkschafter/innen usw. zur Bildung eines „Bündnisses Soziale Bewegung“ in Essen. 17.00 Uhr, DGB-Jugendheim, Schützenbahn 11–13 (im Hof des DGB-Hauses)

Samstag, 4. Oktober
„Tag des Flüchtlings“ – Aktion von Ausländischen Vereinen, Pro Asyl/Flüchtlingsrat und Friedensforum zur Bleiberechtskampagne für Roma. 11.00 – 14.00 Uhr, Porschekanzel/Marktkirche

Montag, 6. Oktober
PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Mittwoch, 8. Oktober
„Agenda sozial“ – Alternativen zum Sozialabbau. PDS-Versammlung mit Ulla Lötzer (Mitglied des Parteivorstandes, angefragt). 19.30 Uhr, Haus Kalthoff, Lenbachstr. 3

Montag, 13. Oktober
PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Mittwoch, 15. Oktober
Ratssitzung. 15.00 Uhr, Rathaus

„Holzauge sei wachsam“

Verwaltung legt von der PDS beantragten Bericht zu GATS vor

Dem Haupt- und Finanzausschuss des Stadtrates lag am 17.9.2003 ein Bericht der Verwaltung zum Stand der laufenden GATS-Verhandlungen vor. Der Bericht war auf Antrag der PDS im März vom Rat in Auftrag gegeben worden. Schließlich geht es bei den GATS-Verhandlungen darum, öffentliche Dienstleistungen dem internationalen Wettbewerb zu öffnen, durch die Verpflichtung zur internationalen Ausschreibung und damit zur Privatisierung. Für die Kommunen ist das eine wichtige Frage. Dabei kommt alles auf den Prüfstand – vom öffentlichen Nahverkehr, der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung über das Gesundheitswesen bis hin zu Schulen und Kultureinrichtungen.

Der Bericht stellt kurz den Stand der Verhandlungen vor und hebt positiv hervor, dass die EU im Augenblick keine weitere Liberalisierung der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung angeboten hat. Allerdings – darüber geht der Bericht hinweg – hat die EU eine Marktöffnung von anderen Ländern verlangt. Den europäischen Wasser-Konzernen soll die Expansion in Dritte-Welt-Länder, aber auch in die USA erleichtert werden. In den USA ist die Wasserversorgung anders als z.B. im Energiebereich noch zu einem großen Anteil (im Jahr 2000 waren es gut 50 %) in öffentlicher Hand. Durch die Forderungen der EU besteht die Gefahr, dass der sensible Bereich Wasserversorgung und -entsorgung im Zuge der „Eigendynamik“ der Verhandlungen ebenfalls unter Liberalisierungsdruck gerät. Aus Sicht der PDS-Ratsgruppe heißt es daher: „Holzauge, sei wachsam“.

Vor allem die dem Bericht beigefügte Stellungnahme des europäischen „Ausschusses der Regionen“ weist auf zahllose weitere kritische Auswirkungen für die kommunale Ebene hin. Er empfiehlt deshalb dringend, die weitere „... europäische Debatte unter vollständiger Einbindung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“ zu führen.

Die PDS-Ratsgruppe sieht sich durch den Bericht in ihrer Auffassung bestätigt, die GATS-Verhandlungen öffentlicher Diskussion zugänglich zu machen. Bisher werden sie wie Geheimverhandlungen unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Verwaltung über den Fortgang der Verhandlungen unterrichten will.

Der Bericht ist über die Internet-Seite der Stadt Essen für jeden abrufbar. Im PDS-Ratsgruppenbüro sind weitere Informationen zu den GATS-Verhandlungen erhältlich.

Gabriele Giesecke

Bürgerentscheid gegen US-Leasing erfolgreich

Wenigstens ein erfreuliches Ereignis gab es am letzten Sonntag Abend zu vermelden: Ein Bürgerentscheid gegen Cross-Border-Leasing in Bergisch-Gladbach bei Köln erhielt eine deutliche Mehrheit. In einer Pressemitteilung der Stadt Bergisch-Gladbach heißt es nüchtern: „26 % der Abstimmungsberechtigten haben sich gegen das Cross-Border-Leasing-Geschäft der Stadt ausgesprochen ... An der Abstimmung haben sich insgesamt 23.155 Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Abstimmungsberechtigt waren 85.976 Personen (Abstimmungsbeteiligung 26,9 %). 22.338 = 96,5 % haben mit Ja gestimmt, also gegen das geplante Cross-Border-Leasing-Geschäft ... Damit ist der Bürgerentscheid erfolgreich ... Der Rat der Stadt ist an das Ergebnis gebunden, die Verhandlungen über Cross-Border-Leasing müssen gestoppt werden.“

Das ist ein wichtiger Erfolg und ein erfreulicher Vorbote für die Abstimmung in Essens Nachbarstadt Oberhausen. Dort findet am nächsten Sonntag ein Bürgerentscheid zum Cross-Border-Leasing statt.

wof

„Kompromiss“ zur Zollverein-Finanzierung

Bei der Ratssitzung am Mittwoch soll eine „Eilentscheidung“ des Rates gebilligt werden, die in den Ferien getroffen wurde. Es geht um die Finanzierung des weiteren Ausbaus der Zeche Zollverein. Auch die PDS-Gruppe stimmte einem Kompromiss der Stadt mit dem Land zu, durch den der städtische Anteil an der Finanzierung des insgesamt über 120 Mio. Euro umfassenden Projektes von 14,2 Mio. Euro auf 7,1 Mio. Euro gekürzt wird. Sonst wäre die Förderung des Ausbaus von Zollverein durch Land und EU gefährdet. Die kritische Kehrseite: Der gekürzte Eigenteil wird im Gegensatz zur Forderung des Rates auf die Kreditrate der Stadt angerechnet mit der Folge, dass die von der Stadt geplanten Projekte erneut „durchforstet“ und reduziert werden müssen.

Mit kommunaler Selbstverwaltung hat die finanzielle Situation der Stadt Essen nicht mehr viel zu tun. Nach Ansicht der PDS sind die Landtagsparteien schon längst gefordert, die strikten Regelungen der Gemeindeordnung für die Haushaltsgenehmigung zu überprüfen. Die Kommunen brauchen endlich mehr Spielraum, der ihnen im Rahmen der kommunalen Finanzreform endlich gegeben werden muss.

Nichtsdestotrotz gibt es angesichts der derzeitigen rechtlichen Situation zum Kompromiss mit dem Land keine ernsthafte Alternative, wenn man den weiteren Ausbau von Zollverein nicht aufgeben will. Umso wichtiger werden die Forderungen nach Vorlage schlüssiger Konzepte, Offenlegung der unklaren Entscheidungsstrukturen, mehr Transparenz, einem „Kassensturz“ und einem Sachstandsbericht zu den konkreten Einzelmaßnahmen, die auf Zollverein geplant sind, insbesondere zur geplanten Design-Weltausstellung. Diese Forderungen beschloss der Rat im Juli einstimmig. Darüber hinaus sollen die bisherigen Effekte auf den Arbeitsmarkt konkret dargestellt werden.

Die Anrechnung der Mittel für Zollverein darf nach Auffassung der PDS nicht zu einem „Aus“ für sozial dringend notwendige Investitionen führen. Dafür werden wir uns bei der Diskussion der „Prioritätenliste“ einsetzen.

nach: Pressemitteilung

Impressum:

„Stadtrotinfo“, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen
An St. Marien 1, 45141 Essen. Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906
www.pds-essen-im-rat.de,
e-mail buero@pds-essen-im-rat.de